

Einleitung

»Die europäische Geschichte beweist, dass Nationen besonders wohlhabend sind, wenn es ihnen gelingt, die individuellen Kräfte freizusetzen und sie dort einzusetzen, wo die Gesellschaft davon profitieren kann. [...] Betrachtet man den Weg Englands zur See- und Handelsmacht, den Aufstieg Russlands im 17. Jahrhundert, die französische Vorherrschaft nach der Revolution oder den preußischen Aufschwung im 19. Jahrhundert wurde die Entwicklung dieser Länder immer durch Ereignisse ausgelöst, die zur Befreiung der Menschen von traditionellen Institutionen führten. [...] die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland im Jahr 1948 stellt ein solches Ereignis dar.«

Hans Tietmeyer (1999)¹

Die Wahl des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus im westlichen Teil Deutschlands im Laufe der Nachkriegszeit erscheint im Nachhinein als ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Europäischen Kontinents. Nachdem Deutschland die Ausbreitung des Liberalismus lange behindert hatte, wurde es für beide Seiten des Eisernen Vorhangs zum Fahnenträger des politischen Liberalismus und des freien Markts auf dem Kontinent von Marx und Keynes. Die liberalen Grundsätze des in der Bundesrepublik gewählten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Modells haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach und nach an der allgemeinen Erneuerung des liberalen Denkens und der liberalen Politik in Europa mitgewirkt, zunächst

1 Dieser Auszug ist eine selbstverfasste Übersetzung von einem Zitat aus einer Sammlung von Texten und Reden des ehemaligen Präsidenten der Bundesbank, Hans Tietmeyer. Diese Sammlung wurde 1999 in französischer und englischer Sprache im Verlag Economica veröffentlicht. Es handelt sich um einen der seltenen Versuche von Entscheidungsträgern der deutschen Wirtschaftspolitik, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in Europa zu verbreiten. Tietmeyer, Hans: *Économie sociale de marché et stabilité monétaire*, Paris: Economica 1999, S. 287–288.

im Westen und im Norden, dann im Süden und schließlich im Osten.² Statt bilaterale Machtverhältnisse zu bevorzugen, stützte sich diese Förderungspolitik des Liberalismus auf den europäischen Integrationsprozess und die im Rahmen der europäischen Verträge von Rom bis Maastricht geschaffenen Gemeinschaftsgremien, um die Grundsätze und den Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aller europäischen Länder nachhaltig zu beeinflussen. Damit leistete die Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag zur *Europäisierung* bzw. zur Entwicklung eines kontinentalen Wirtschafts- und Sozialmodells, das 2007 mit dem Vertrag von Lissabon von der EU offiziell anerkannt wurde: die *Soziale Marktwirtschaft*.³

Die Schlüsselrolle des westdeutschen Modells in der Wende des Liberalismus in Europa wurde von mehreren wissenschaftlichen Arbeiten betont, die ihren Einfluss auf die Verbreitung des Neoliberalismus in anderen Ländern West- und Osteuropas beleuchten.⁴ Bei diesem Diffusionsprozess wird aber vor allem die Liberalisierung innerhalb der anderen Ländern sowie der Europäischen Union berücksichtigt. Die Modalitäten der Verbreitung der Sozialen Marktwirtschaft wurden hingegen nur selten betrachtet, wobei die Rolle der Europapolitik der Bundesrepublik paradoxerweise das Stiefkind dieser Analysen bleibt. Obwohl der westdeutsche Einfluss allen Beobachtern als zentral erscheint und manche sogar ein »deutsches Europa« stigmatisieren, gibt es bis heute keine systematische, langfristige, quellengestützte Studie über die Europapolitik der Bundesrepublik im Bereich Wirtschaft und Soziales. Der Bundesrepublik wird allzu oft eine Nebenrolle als besetztes, geteiltes oder

2 Vgl. Wirsching, Andreas: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München: Beck 2012; Bösch, Frank/Hertfelder, Thomas/Metzler, Gabriele (Hg.): *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart: Steiner 2018.

3 Vgl. Conway, Martin/Patel, Kiran Klaus (Hg.): *Europeanization in the Twentieth Century: Historical Approaches*, Houndmills: Palgrave Macmillan 2010; Clemens, Gabriele (Hg.): *The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process*, Stuttgart: Steiner 2017.

4 Vgl. Foucault, Michel: *Naissance de la biopolitique. Cours au Collège de France (1978–1979)*, Paris: Gallimard 2004; Albert, Michel: *Capitalisme contre capitalisme*, Paris: Seuil 1991; Katzenstein, Peter (Hg.): *Tamed power: Germany in Europe*, Ithaca: Cornell University Press 1997; Gillingham, John: *European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge: Cambridge University Press 2003; Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europas*, Berlin: Suhrkamp 2014.

sogar beherrschtes Land zugewiesen. Diese Darstellung entspricht vollkommen dem Bild, das die Bundesrepublik von sich selbst verbreiten wollte und erweckt den Eindruck einer »bescheidenen Diplomatie«. Die traditionelle Vorstellung Deutschlands als »politischer Zwerg« oder »Vetospieler«, die in letzter Zeit von der Geschichtswissenschaft in Frage gestellt wurde, wird in diesem Buch grundlegend erörtert, indem es den Einfluss der Bundesrepublik in der europäischen Integration und der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Kontinents neu bewertet.⁵

Die europäische Integration führte zur einer langfristigen Konvergenz der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer hin zu einer liberaleren Ausrichtung. Durch die schrittweise Aneignung und Institutionalisierung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft war der europäische Einigungsprozess dabei »der Hauptvektor für die Verbreitung der ordoliberalen Version des Neoliberalismus außerhalb Deutschlands«. ⁶ Jedoch haben die Ordoliberalen, von Röpke über Erhard bis Watrin, die europäischen Verträge von Paris bis Maastricht ständig kritisiert und gleichzeitig eine alternative Vision für die Integration Europas entworfen, die eine liberale Gesellschaftsordnung als unveränderlichen Rahmen für den freien Markt festlegte. Diese Diskrepanz zwischen den ordoliberalen Vorstellungen, der Realität der Sozialen Marktwirtschaft und der Europapolitik der Bundesrepublik soll im Folgenden analysiert werden, um die daraus resultierenden Einflüsse, Grenzen und Frustrationen besser zu verstehen.

Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus im europäischen Kompromiss

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein vom Ordoliberalismus inspiriertes Konzept der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armarck in der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelt wurde. Sie bezeichnet eine evolutionäre Form der freien Marktwirtschaft, in die

5 Vgl. Germann, Julian: *Unwitting Architect. German Primacy and the Origins of Neoliberalism*, Stanford: Stanford University Press 2021; Gray, William Glenn: *Trading Power. West Germany's Rise to Global Influence, 1963–1975*, Cambridge: Cambridge University Press 2022; Warloutet, Laurent: *Europe contre Europe. Entre liberté, solidarité et puissance*, Paris: CNRS éditions 2022.

6 Gerber, David: *Law and Competition in the Twentieth Century. Protecting Prometheus*, New York: Oxford University Press 1998, S. 263.

staatliches Handeln und eine soziale Dimension einbezogen werden, um das Grundprinzip des Wettbewerbs zu gewährleisten und die Wirtschaft daran anzupassen.⁷ Sie zielt darauf ab, »auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden«.⁸ Die ursprünglichen Fundamente dieser Ordnung sind die Markt- und Preisfreiheit, der freie Wettbewerb und die Außenhandelsöffnung sowie die Währungs- und Preisstabilität. Der Staat wird als Garant des Wettbewerbs gegenüber der Wirtschaftsmacht verstanden und nicht als Instrument eines in private Vorrechte eingreifenden Interventionismus. Er verfolgt jedoch auch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die darauf abzielt, die Schaffung individueller und kollektiver wirtschaftlicher Voraussetzungen für die Teilnahme am freien Markt zu fördern, insbesondere durch eine Konjunkturpolitik und eine Strukturpolitik. Die soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft ist weitgehend umstritten: Einerseits versteht man sie als bloße wahltaktische Ergänzung im Kontext der sozialen Anforderungen der Nachkriegszeit, die aber in Wirklichkeit auf Erhards Formel »Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch« basiert⁹; andererseits als notwendige Sozialpolitik, die über die Gewährleistung der Freiheit des Verbrauchers hinausgeht. Schließlich wird das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als dynamisch verstanden, um innerhalb des Rahmens grundsätzlicher Prinzipien pragmatisch an wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen angepasst werden zu können. Tatsächlich hat sich die politische Verwendung des Konzepts von seiner Einführung 1948 anlässlich der Preisfreigabe über eine Phase der

-
- 7 Vgl. Giersch, Herbert/Paqué, Karl-Heinz/Schmieding, Holger: *The fading miracle. Four decades of market economy in Germany*, Cambridge: Cambridge University Press 1992; Nicholls, Anthony: *Freedom with Responsibility. The Social Market Economy in Germany. 1918–1963*, Oxford: Oxford University Press 2000; Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael: »Social Market Economy: origins, meanings and interpretations«, in: *Constitutional Political Economy* 19 (2008), S. 261–276; Falting, Jonas: »Alte« und »Neue« Soziale Marktwirtschaft in der BRD: Kontinuitäten und Brüche in den sozio-politischen Bedingungen und der Parteipolitischen Verankerung, Marbourg: Tectum 2012.
- 8 Müller-Armack, Alfred: »Soziale Marktwirtschaft«, in: Erwin von Beckerath (Hg.), *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1956, S. 390.
- 9 Arbeitsgemeinschaft Sozialer Marktwirtschaft (Hg.): *Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft*, Heidelberg: Vita-Verlag 1953, S. 119.

Institutionalisierung in den 1950er und 1960er Jahren und der »geistig-moralischen Wende« der 1980er bis hin zur Wiedervereinigung grundlegend verändert.¹⁰

Dieses theoretische und politische Konzept darf jedoch nicht mit der wirtschaftlichen und sozialen Realität in der Bundesrepublik verwechselt werden, die von der Sozialen Marktwirtschaft zum Teil mitgestaltet wurde, aber auch vom bismarckschen Sozialmodell und dem keynesianischen Ansatz einer umfassenden Steuerung der Wirtschaft beeinflusst wurde. Die Soziale Marktwirtschaft ist somit nur eine der wesentlichen Säulen des Modells Deutschland oder des »rheinischen Kapitalismus«, in denen das deutsche Wirtschafts- und Sozialwesen zum Idealtypus erhoben wird.¹¹ Auch wenn sie allmählich zu einem Teil der deutschen Identität geworden ist, stellt sie nicht unbedingt ein nationales Modell dar, sondern ein Konzept, das potenziell außerhalb der Bundesrepublik insbesondere auf europäische Länder übertragen werden kann, die sowohl eine kapitalistische als auch eine soziale Tradition haben. Die Frage nach der Möglichkeit wie auch der Zweckmäßigkeit der Verbreitung der Sozialen Marktwirtschaft verweist auf eine tiefere theoretische Debatte über die Natur der ordoliberalen Wirtschaftsordnung zwischen einem Idealtypus mit universeller Berufung in komplexen zeitgenössischen Gesellschaften (Eucken) und einer kulturspezifischen nationalen Konstruktion (Müller-Armack).¹² Diese Frage beruht auf der ursprünglichen Opposition der Ordoliberalen gegen die Historische Schule und ihren fatalistischen Relativismus, der die Verallgemeinerung von Wirtschafts- und Sozialmodellen verbot. Es handelte sich um eine grundsätzliche Debatte, die an den *Methodenstreit* der Nationalökonomie am Ende des 19. Jahrhunderts anknüpfte, bei dem die deutsche Historische Schule (von Schmoller) und die Österreichische Schule (Menger) über die Möglichkeit allgemeine Wirt-

10 Vgl. Abelshausen, Werner: Des Kaisers neue Kleider? Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft, München: Roman Herzog Institut 2009.

11 Vgl. Hertfelder, Thomas/Rödder, Andreas (Hg.): Modell Deutschland, Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007; Hockerts, Hans Günther/Schulz, Günther (Hg.): Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer, Paderborn: Schöningh 2016.

12 Vgl. Kowitz, Rolf: Alfred Müller-Armack. Wirtschaftspolitik als Berufung: zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers, Köln: Deutscher Institut Verlag 1998; Commun, Patricia/Fèvre, Raphaël: Walter Eucken, entre économie et politique, Lyon: ENS 2019, S. 27–31.

schaftsgesetze aufzustellen aneinander gerieten.¹³ Diese ungelöste Debatte über die Verbreitung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erklärt das Zögern und die Widersprüche in der Europapolitik der Bundesrepublik, die sich in einer grundlegenden Frage zusammenfassen lassen: Kann man »gegensätzliche makroökonomische Traditionen und Kulturen überwinden und Vertrauen in eine Reihe gemeinsamer Prinzipien schaffen«?¹⁴

Die Soziale Marktwirtschaft ist auch nicht mit dem Ordoliberalismus zu verwechseln, der dennoch ihre wichtigste theoretische Grundlage, »die liberale Seele und das liberale Gewissen« darstellt.¹⁵ Die verschiedenen Generationen der deutschen Variante des Neoliberalismus, von der Freiburger Schule bis zum Kronberger Kreis, hatten einen dauerhaft tiefgehenden Einfluss auf die westdeutsche Wirtschaftspolitik.¹⁶ Der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft erfolgte jedoch aus verschiedenen und komplexen Einflüssen. Während die Geldwertstabilität und der Schutz des Wettbewerbs im Mittelpunkt der ordoliberalen Theorien standen, gehörten zentrale Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft wie die fiskalische Orthodoxie und die Zentralbankautonomie ursprünglich nicht zum ordoliberalen Konsens. Ebenso stellt das Wirtschaftswachstum ein wichtiges Ziel der Sozialen Marktwirtschaft dar, während es in den meisten ordoliberalen Theorien sekundär bleibt. Schließlich und vor allem kann der Unterschied zwischen Ordoliberalismus

-
- 13 Vgl. Backhaus, Jürgen/Chapoulek, Günther/Frambach, Hans (Hg.): *Origins and Change of the Social Market Economy. History and Theoretical Foundations*, Cham: Springer Nature Switzerland 2023.
- 14 Dyson, Kenneth: »Hans Tietmeyer, Ethical Ordo-Liberalism and the Architecture of EMU«, in: Kenneth Dyson/Ivo Maes (Hg.), *Architects of the Euro. Intellectuals in the Making of European Monetary Union*, Oxford: Oxford University Press 2016, S. 164.
- 15 Commun, Patricia: *Les ordolibéraux. Histoire d'un libéralisme à l'allemande*, Paris: Belles-Lettres 2016, S. 376. Siehe auch Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- 16 Vgl. Ptak, Ralf: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft: Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen: Leske+Budrich 2004; Plickert, Philip: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung der »Mont Pèlerin Society«*, Stuttgart: Lucius & Lucius 2008; Fèvre, Raphaël: *A Political Economy of Power: Ordoliberalism in Context, 1932–1950*, Oxford: Oxford University Press 2021; Dyson, Kenneth: *Conservative Liberalism, Ordo-Liberalism, and the State. Disciplining Democracy and the Market*, Oxford: Oxford University Press 2021. Siehe auch Solchany, Jean: *Wilhelm Röpke, l'autre Hayek. Aux origines du néolibéralisme*, Paris: Publications de la Sorbonne 2015.

und Sozialer Marktwirtschaft in Bezug auf Theorie und Strategie verstanden werden, wobei letztere im Grunde eine politische Anpassung des Liberalismus an die Erfordernisse der historischen, diplomatischen und politischen Herausforderungen der Nachkriegszeit im westlichen Teil Deutschlands darstellt.

Das grundlegende Erbe des Ordoliberalismus spielte jedoch eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft und der Europapolitik der Bundesrepublik. Erstens war das Ziel eine *liberale Wirtschaftsordnung* zu gründen, die auf einem Rahmen von Rechtsgrundsätzen beruhte und zwei Hauptachsen verfolgte: eine *Wettbewerbspolitik*, die den Verbraucher vor den privaten und staatlichen Wirtschaftsmächten schützt; eine *Stabilitätspolitik*, die den Geldwert zu einem gemeinsamen Vertrauensrahmen der Wirtschaft macht. Die Wettbewerbspolitik und die Stabilitätspolitik wurden schnell zu den Prioritäten der westdeutschen Europapolitik mit dem Ziel, langfristig einen stark wettbewerbsorientierten Binnenmarkt und ein stabiles Währungssystem in Europa zu etablieren. Zweitens wurde der ordoliberaler Begriff der *Integration* übernommen, der sich in einer ricardianischen Logik auf die Schaffung wirtschaftlicher Interdependenzen durch die Eingliederung der Nationen in eine auf Freihandel basierende Weltordnung bezog. Diese Vorstellung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinflusste die westdeutsche Europapolitik tiefgreifend, indem sie das europäische Projekt zum Eckpfeiler der Schaffung eines universellen Freihandels in der Welt machte. Drittens wurde das von den Ordoliberalen bestimmte *Primat der Politik* anerkannt, das nicht bei der Wirtschaft lag – wie es im Nationalsozialismus der Fall war –, sondern bei der Auswahl der Wirtschaftsordnung durch die Gesellschaft. Entgegen einer weit verbreiteten Interpretation propagiert der Ordoliberalismus nicht die absolute Herrschaft eines globalisierten Markts wie im Laissez-faire, sondern »erhebt die Politik über die Wirtschaft«. ¹⁷ Der Ordoliberalismus war zwar eine Reaktion auf die Eingriffe der Politik – der Partikularinteressen – in die Wirtschaft, aber er richtete sich auch grundsätzlich gegen die Abwesenheit der Politik – des Souveräns – in der Wirtschaft. Wirtschaftliche Freiheit ist untrennbar mit politischer Freiheit verbunden, auch wenn letztere nicht unbedingt Demokratie bedeutet. Der Wirtschaftsrahmen soll das Ergebnis der souveränen Entscheidung einer politischen Gemeinschaft, einer Nation, für eine bestimmte Wirtschaftsordnung sein, die

17 H. Tietmeyer: *Économie sociale de marché*, S. X-XI.

die Bestrebungen und Verhaltensweisen der Akteure widerspiegelt.¹⁸ Dieses Primat der Politik prägte das europäische Projekt der Bundesrepublik, indem es den Fortschritt der Integration eng an die souveräne Akzeptanz einer wirtschaftspolitischen Konvergenz und letztendlich an Souveränitätstransfers zugunsten einer politischen Union freier Nationen knüpfte. Trotz aller Nuancen und Abweichungen bildeten diese drei Prinzipien – Wirtschaftsordnung, universelle Integration, Primat der Souveränität – die Hauptachsen des westdeutschen Beitrags zum europäischen Kompromiss.

In der Tat war die Geschichte der europäischen Integration lange Zeit die Geschichte eines Kompromisses zwischen Föderalismus und Kooperation, Liberalismus und Dirigismus, Freihandel und Protektionismus. Dieser war das Ergebnis von drei verschiedenen Einflüssen: einer sozialen Orientierung, die auf einer Umverteilungspolitik beruhte, um die negativen externen Auswirkungen des Markts zu verringern; einem »Neomerkantilismus«, der die Grundsätze des Liberalismus akzeptierte, sich aber auf Protektionismus und Interventionismus stützte, um die Chancen der nationalen Wirtschaft zu maximieren; einer freimarktlchen Orientierung, die die Beseitigung von Wettbewerbshindernissen förderte und von der der Neoliberalismus eine besonders kritische Variante gegenüber staatlichem Handeln darstellte.¹⁹ Der europäische Kompromiss wurde zunehmend unausgewogener zugunsten einer immer stärkeren Ausrichtung auf den freien Markt. Auch wenn die offizielle Annahme der Sozialen Marktwirtschaft durch die Europäische Union im Jahr 2007 im Vertrag von Lissabon (Art. 3–3) teilweise als sozialer Schirm für ein liberales Europa erschien und große Unterschiede zum deutschen Konzept aufwies, hatte dieses das europäische Projekt doch entscheidend mitgeprägt.²⁰

18 Vgl. Wegmann, Milène: Früher Neoliberalismus und europäische Integration: Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932–1965), Baden-Baden: Nomos 2002, S. 359–366.

19 Hier wird die Klassifizierung von Laurent Warlouzet übernommen: Warlouzet, Laurent: *Governing Europe in a Globalizing World*, New York: Routledge 2018, S. 6–8.

20 Vgl. Feld, Lars/Köhler, Ekkehard/Nientiedt, Daniel: »Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition shaped Economic Policy in Europe«, in: *European Review of International Studies* 2 (2015), S. 48–61; Claassen, Rutger/Gerbrandy, Anna/Princen, Sebastian/Segers, Mathieu: »Rethinking the European Social Market Economy: Introduction to the Special Issue«, in: *Journal of Common Market Studies* 57 (2019), S. 7.

Dieses Kippen zugunsten des freien Markts wird häufig als Folge einer ideologischen Wiederbelebung des Liberalismus analysiert, die vom angelsächsischen Neoliberalismus getragen wurde und deren Rezepte in den 1980er Jahren von Reagan und Thatcher umgesetzt wurden.²¹ Diese Interpretation stellt die Ideengeschichte in den Vordergrund, beleuchtet jedoch nur teilweise die Rolle der verschiedenen Akteure auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene, insbesondere in den Mechanismen der Diplomatie und der staatlichen Entscheidungsfindung. Sie konzentriert sich auch auf einen späten Teil der Chronologie der europäischen Integration und unterschätzt die Grundlagen, die in den vorherigen Jahrzehnten gelegt wurden. Im Gegenteil, ist der konstante und hartnäckige Einfluss der Bundesrepublik zugunsten der Grundsätze einer liberalen Wirtschafts- und Sozialdoktrin, die sowohl ein starkes theoretisches Fundament als auch eine beispielhafte Umsetzung im Modell Deutschland fand, ein dauerhafter aber oft vernachlässigter Faktor für die schrittweise Entwicklung der europäischen Integration hin zu einer Ausrichtung auf den freien Markt. Die Bundesrepublik wurde wie kein anderes Land mit ihrem wirtschaftlichen und sozialen Modell – der Sozialen Marktwirtschaft –, mit ihrem Währungssymbol – der D-Mark (DM) – und mit ihrer Erfolgsgeschichte im Kontext des Kalten Krieges – dem »Wirtschaftswunder« – identifiziert. Die Konstanz der Europapolitik der Bundesrepublik erklärt sich sowohl aus ihren besonders großen Wirtschaftsinteressen, vor allem ihrer Exportindustrie, die der Hauptnutznießler der Marktöffnung war, als auch aus der grundsätzlichen Förderung der europäischen Integration, die im Grundgesetz verankert ist. Für die Bundesrepublik war es daher umso wichtiger, ihre eigenen Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen, als es für sie schwieriger war, sich den »Fortschritten« der Integration zu widersetzen.²²

21 Vgl. Cockett, Richard: *Thinking the Unthinkable. Think-tanks and the Economic Counter-revolution, 1931–83*, New York: HarperCollins 1994; Geppert, Dominik: *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München: Oldenbourg 2002; Prasad, Monica: *Starving the Beast: Ronald Reagan and the Tax Cut Revolution*, New York: Russell Sage Foundation 2018.

22 Vgl. Schwammel, Inge: *Deutschlands Aufstieg zur Großmacht. Die Instrumentalisierung der europäischen Integration 1974–1994*, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1997, S. 24.

Forschungsstand, Quellen und Methodologie: Neubewertung des westdeutschen Einflusses durch den transnationalen Ansatz

Das vorliegende Buch soll den Einfluss der Sozialen Marktwirtschaft auf die europäische Integration durch die Diplomatie und die Außentätigkeit der Bundesrepublik beleuchten. Dabei gilt es zu verstehen, wie ein nationales Wirtschafts- und Sozialmodell die Europapolitik eines Staats mitgestalten konnte und wie dieser es auf gemeinschaftlicher und bilateraler Ebene für seinen diplomatischen Einfluss nutzte. Diese Fragestellung führt zu einer Neubewertung der Rolle der westdeutschen Europapolitik als treibende Kraft für die liberale Ausrichtung des Gemeinschaftskompromisses. Es bietet gleichzeitig eine Analyse der Auswirkungen eines internationalen Aufbaus auf die Innenpolitik der Nationalstaaten an. Letztendlich wird diese Perspektive darlegen, wie die innenpolitischen Herausforderungen und Debatten eines Staats die Politik seiner Partner durch einen internationalen Rahmen lenken konnten. Die Frage der transnationalen Übertragung eines nationalen Modells durch einen internationalen Rahmen steht im Mittelpunkt des neuen globalen Ansatzes zu internationalen Beziehungen, der insbesondere zur jüngsten Erneuerung der Geschichte des amerikanischen *New Deal* beigetragen hat.²³

Der Einfluss der Sozialen Marktwirtschaft auf das europäische Projekt ist in der Tat Teil der globalen Vision der Weltordnung der westdeutschen Außenpolitik. Dieser Einfluss wurde paradoxerweise in der umfangreichen Literatur zu diesem Begriff wenig untersucht.²⁴ Gewiss wurde dem westdeutschen Modell besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies hat insbesondere dazu beigetragen, die Bedeutung der Konstruktion eines politischen Mythos um das »Wirtschaftswunder« – und die daraus resultierende empirische Verbindung zwischen Liberalisierung und Wirtschaftswachstum – für die internationale Verbreitung der Sozialen Marktwirtschaft in West- und Osteuropa hervorzuheben.²⁵ Die Rolle der ordoliberal orientierten Theoriekonzepte in der Euro-

23 Vgl. Patel, Kiran Klaus: *The New Deal. A Global History*, Princeton: Princeton University Press 2017.

24 Vgl. Starbatty, Joachim: »Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: ein Literaturbericht«, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.), *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblick. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag Ludwig Erhards*, Düsseldorf: ST-Verlag 1996, S. 63–98.

25 Vgl. Buchheim, Christoph: *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München: Oldenbourg 1990; H. Giersch/K.-H. Paqué/H. Schmieding: *The fading miracle*; Lindlar, Ludger: *Das missverständene Wirt-*

papolitik wurde hingegen nur selten analysiert.²⁶ So führte das wachsende Interesse an der Analyse des Neoliberalismus vor allem dazu, die intellektuellen Ursprünge der westdeutschen und europäischen Politik zu untersuchen. Die Verbindung zwischen wissenschaftlichen Theorien und Wirtschaftspolitik, die von einem Teil der europäischen politischen und administrativen Eliten beansprucht wird, wurde hingegen bis heute eher vernachlässigt. Die Arbeiten zu diesem Thema konzentrieren sich auf das erste Jahrzehnt der europäischen Integration bis Mitte der 1960er Jahre und befassen sich hauptsächlich mit der Wettbewerbspolitik.²⁷ Juristen und Politikwissenschaftler haben den ordoliberalen Einfluss und seine Grenzen auf die europäischen Verträge und Institutionen beleuchtet.²⁸ Die Geschichtswissenschaft der europäischen Integration hat hauptsächlich die Wettbewerbspolitik und die Währungsfragen beachtet.²⁹ Bis heute fehlt es daher an langfristigen und quellengestützten Forschungsarbeiten über die Entwicklung des liberalen Einflusses in der Geschichte des langen europäischen Integrationsprozesses. Dieses Buch soll so-

schaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität, Tübingen: Mohr Siebeck 1997, S. 43–51; Hentschel, Volker: Die »Soziale Marktwirtschaft« und das Wirtschaftswunder: historisches Lehrstück oder Mythos?, Bonn: Bouvier 1998; Löttel, Holger: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft, Paderborn: Schöningh 2019. Der Begriff »Mythos« verweist auf die politische Konstruktion einer Kommunikation und einer kollektiven Erinnerung an Erhards Wirtschaftspolitik, die die europäischen Gesellschaften langfristig beeinflusst hat. Spicka, Mark: Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction and Politics in West Germany 1949–1957, New York/Oxford: Berghahn Books 2007.

- 26 Vgl. Dold, Malte/Krieger, Tim: Ordoliberalism and European Economic Policy: Between Realpolitik and Economic Utopia, London: Routledge 2020.
- 27 Vgl. M. Wegmann, Früher Neoliberalismus; Wegmann, Milène: Der Einfluss des Neoliberalismus auf das Europäische Wettbewerbsrecht: 1946–1965. Von den Wirtschaftswissenschaften zur Politik, Baden-Baden: Nomos 2008.
- 28 Vgl. Hien, Josef/Joerges, Christian (Hg.): Ordoliberalism, Law and the Rule of Economics, Portland: Hart Publishing 2017.
- 29 Vgl. James, Harold: Making the European Monetary Union: The Role of the Committee of Central Bank Governors and the origins of the European Central Bank, Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press 2012; Mourlon-Druol, Emmanuel: A Europe made of Money. The Emergence of the European Monetary System, New York: Cornell University Press 2012; Patel, Kiran Klaus/Schweitzer, Heike (Hg.): The Historical Foundations of EU Competition Law, Oxford: Oxford University Press 2013; Gehler, Michael/Loth, Wilfried (Hg.): Reshaping Europe: Towards a Political, Economic and Monetary Union, 1984–1989, Baden-Baden: Nomos 2020.

mit die Lücke zwischen ideengeschichtlichen Studien über die Jahre 1930–1950 und Analysen der liberalen Wende in den Jahren 1980–1990 schließen.

Es stellt auch einen neuen langfristigen Blickwinkel auf die Verbreitung des neoliberalen Paradigmas vor, indem es das Gewicht der Ideologie – des intellektuellen Paradigmenwechsels – und der Politik – der Veränderung des politischen Angebots durch die Globalisierung – nuanciert, um einen dritten Faktor hervorzuheben: die Diplomatie. Im Vergleich zu den angelsächsischen Strömungen der 1970er und 1980er Jahre, aber auch zu den nationalen Entwicklungen des Neoliberalismus in anderen Ländern, erscheint der westdeutsche Einfluss eher unterschätzt.³⁰ Die Historiografie der westdeutschen Außenpolitik fokussierte sich ihrerseits auf politische Fragen und auf die Machtproblematik aus der Perspektive des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amtes (AA).³¹ Die zentrale Bedeutung von Wirtschaftsfragen für die westdeutsche Außenpolitik wurde zwar mit der Darstellung eines *Handelsstaats* längst hervorgehoben, jedoch ohne ihr gesamtes Ausmaß in Bezug auf die Akteure, Netzwerke und Einflüsse auf die langfristige Entwicklung der westdeutschen Außenpolitik zu erfassen.³² Die Historiografie der westdeutschen Europapoli-

-
- 30 Vgl. Dardot, Pierre/Laval, Christian: *La nouvelle raison du monde. Essai sur la société néolibérale*, Paris: La Découverte 2009; Stedman Jones, Daniel: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton: Princeton University Press 2012; Slobodian, Quinn: *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press 2018.
- 31 Vgl. Hacke, Christian: *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M.: Ullstein 2003; Elvert, Jürgen/Schirmann, Sylvain (Hg.): *Zeiten im Wandel: Deutschland im Europa des 20. Jahrhunderts*, Bruxelles: Peter Lang 2008; Lappenküper, Ulrich: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, München: Oldenbourg 2008; Thiemeyer, Guido: *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie*, Stuttgart: Kohlhammer 2016.
- 32 Vgl. Staack, Michael: *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn: Schöningh 2000; Neebe, Rheinhard: *Weichenstellung für die Globalisierung: Deutsche Weltmarktpolitik, Europa und Amerika in der Ära Ludwig Erhard*, Köln: Böhlau 2004.

tik³³ hat allerdings zahlreiche Studien über den Wettbewerb, die Industrie, die Landwirtschaft oder die Währung und die Bundesbank hervorgebracht.³⁴

Die vorliegende Studie wird auf diesem breiten Spektrum aufbauen, um Gesichtspunkte zu vervielfachen, indem neben dem Bundeskanzleramt und dem AA die verschiedenen Akteure des außenpolitischen Handelns der Bundesrepublik einbezogen werden. Dieser Ansatz wird es ermöglichen, die spezifische Funktionsweise der deutschen Demokratie zu berücksichtigen, die sich aufgrund ihres föderalen und stark parlamentarischen Charakters durch enge Verflechtungen zwischen Innen- und Außenpolitik auszeichnet. Die deutsche Demokratie ist auch durch die Autonomie bestimmter

-
- 33 Vgl. Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden: Nomos 1982; Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin: Siedler 1994; König, Mareike/Schulz, Matthias (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Stuttgart: Steiner 2004; Stark, Hans: Kohl, l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale. 1982–1998, Paris: L'Harmattan 2004; Türk, Henning: Die Europapolitik der Großen Koalition 1966–1969, München: Oldenbourg 2006; Segers, Mathieu: Deutschlands Ringen mit der Relance. Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland während der Beratungen und Verhandlungen über die Römischen Verträge, Bruxelles: Peter Lang 2008; Wilkens, Andreas (Hg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die Europäische Einigung, Bonn: Dietz 2010; Miard-Delacroix, Hélène: Le défi européen de 1963 à nos jours, Villeneuve d'Ascq: Septentrion 2011; Loth, Wilfried: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt a.M.: Campus 2014; D'Ottavio, Gabriele: Europa mit den Deutschen. Die Bundesrepublik und die Europäische Integration (1949–1966), Berlin: Duncker & Humblot 2016.
- 34 Vgl. Hellmann, Rainer: Europäische Industriepolitik. Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus, Baden-Baden: Nomos 1994; Knipping, Matthias: Zwischen Kartelle und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der Europäischen Einigung 1944–1952, Berlin: Duncker und Humblot 1996; Kaltenthaler, Karl: Germany and the Politics of Europe's Money, Durham/London: Duke University Press 1998; Rhenisch, Thomas: Europäische Integration und industrielles Interesse. Die deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart: Steiner 1999; Leaman, Jeremy: The Bundesbank Myth: Towards a Critique of Central Bank Independence, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2001; Hambloch, Sibylle: Europäische Integration und Wettbewerb. Die Frühphase der EWG, Baden-Baden: Nomos 2009; Pitzer, Frank: Interessen im Wettbewerb. Grundlagen und Frühe Entwicklung der Europäischen Wettbewerbspolitik. 1955–1966, Stuttgart: Steiner 2009; Patel, Kiran Klaus: Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973, München: Oldenbourg 2009.

Institutionen (Bundeskartellamt, Bundesbank) sowie durch das Ressortprinzip der Bundesministerien gekennzeichnet, was die bedeutende Rolle zahlreicher Finanz- und Wirtschaftsminister (Ludwig Erhard, Karl Schiller, Helmut Schmidt, Otto Lamsdorff) erklärt. Schließlich wird das Gewicht der Industrie- und Gewerkschaftslobbys durch ihren Einfluss auf die Bundesministerien, insbesondere auf das Bundeswirtschaftsministerium (BMW), berücksichtigt. Ohne einen Beitrag zur institutionellen Geschichte des BMW zu leisten, wird diesem besondere Aufmerksamkeit gewidmet.³⁵ Seine Verwaltungstradition, seine Expertise und sein politisches Gewicht waren bei der Festlegung der Linie der europäischen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung.

Der wissenschaftliche Hauptbeitrag dieser Arbeit beruht auf der Auswertung eines umfangreichen Archivmaterials von verschiedenen Akteuren der Europapolitik der Bundesrepublik im Rahmen der Wirtschaftsintegration. Die Vielfalt der verwendeten Regierungsquellen soll es ermöglichen, die internen Debatten und Einflüsse zu erfassen, die die Entwicklung der westdeutschen Position erklären. Da kein Bundesministerium für Europafragen gegründet wurde, entfiel das Europa-Ressort – neben dem Bundeskanzleramt – auf das AA und das BMW. Als Hüter der Sozialen Marktwirtschaft, spielte das BMW eine besondere Rolle an der Schnittstelle zwischen politischen Parteien, wissenschaftlichen Institutionen und wirtschaftlichen Lobbys. Es vertrat die Bundesrepublik in den wirtschafts- und währungspolitischen Gremien der Europäischen Gemeinschaften sowie vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und führte den Vorsitz im Ausschuss der Staatssekretäre für Europafragen. Dadurch genoss es einen Einfluss, der unter den europäischen Diplomaten einzigartig war und der auf andere Bundesministerien abstrahlte, die für Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen zuständig waren: das Bundesministerium der Finanzen (BMF), das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMEL), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Diese Quellen werden

35 Vgl. Löffler, Bernhard: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis: das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Stuttgart: Steiner 2002; Abelshauser, Werner (Hg.): Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 4, Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, München: Oldenbourg 2016.

durch Nachlässe bestimmter Schlüsselfiguren (Erhard, Müller-Armack, Hallstein, von der Groeben, Schmidt) ergänzt. Neben den diplomatischen Akten wird hier auch die Einflussarbeit der Bundesrepublik in Betracht gezogen, insbesondere durch Dokumente privater Akteure wie politischer Stiftungen im Ausland. Die Deutsche Bundesbank wurde ihrerseits bereits ausführlich untersucht und wird hier hauptsächlich in ihrer Rolle als Beraterin für diplomatische Entscheidungen berücksichtigt. Schließlich werden anhand der zahlreichen Berichte und der Sekundärliteratur die Entwicklung der theoretischen Positionen und die Arbeit der Organe zur diplomatischen Entscheidungsberatung analysiert (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wissenschaftliche Beiräte beim BMWi und beim BMF).

Diese Fokussierung auf die verschiedenen Entscheidungsträger und Berater der Wirtschaftspolitik wird die westdeutsche Europapolitik auf eine neue Art und Weise aufarbeiten, die eher auf die fachliche und theoretische Expertise als auf das Politische ausgerichtet ist. Die Rolle der Bundesrepublik bei der »Ökonomisierung« der Gesellschaften und der internationalen Beziehungen, d.h. bei der Ausweitung der wirtschaftlichen Herausforderungen auf Kosten der Politik, wird hervorgehoben.³⁶ Dieses Phänomen wird in den Kontext der »Verwissenschaftlichung des Sozialen« gestellt, die im Laufe des 20. Jahrhunderts alle Industrieländer erfasste. Die westdeutsche Gesellschaft war nach 1945 besonders stark von der »Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik« durch die keynesianischen und ordoliberalen Ordnungsmuster betroffen.³⁷

Die Argumentation des Buchs wird sich nicht nur auf die Studie der westdeutschen Diplomatie stützen, sondern auch auf den vergleichenden und transnationalen Ansatz. Der Vergleich des westdeutschen Falls mit anderen europäischen Ländern wird die Rolle des Ordoliberalismus und des Modells Deutschland bei der Entstehung und Entwicklung des neoliberalen Paradigmas in Europa und in der Welt beleuchten. Vor allem aber wird die spezifische Funktionsweise der westdeutschen Demokratie hervorgehoben,

36 Graf, Rüdiger (Hg.): Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen: Wallstein 2019.

37 Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen, Wissenschaft Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005; Raphael, Lutz: Ordnungsmuster und Deutungskämpfe. Wissenspraktiken im Europa des 20. Jahrhunderts, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, S. 13–129.

um ihren entscheidenden Beitrag zur europäischen Integration zu verdeutlichen. Schließlich wird der Vergleich die Sicht der anderen Europäer auf die Soziale Marktwirtschaft und die Grenzen des westdeutschen Einflusses analysieren. In Anlehnung an die *Policy Transfer Studies* wird der transnationale Ansatz den Transfer und die Übertragungsvektoren der neoliberalen Wirtschaftsorientierung in Europa aufzeigen.³⁸ Neben der Verbreitung der Ideen und der Veränderung der nationalen Wirtschaftspolitik wird somit die Diplomatie als ein wesentlicher Faktor der transnationalen europäischen Geschichte betrachtet, insbesondere durch eine Internationalisierung der diplomatischen Strategien, die sich auf supranationale oder multilaterale Institutionen stützen. Neuere Arbeiten haben die Bedeutung dieser Transfers im Zusammenhang mit demokratischen Übergangsprozessen und der Konversion der neuen Beitrittsländer zum Liberalismus unterstrichen.³⁹ Ebenso verdienen die sozialen und politischen Folgen der zunehmenden Interdependenzen zwischen den Mitgliedstaaten Beachtung.⁴⁰ Diese transnationale Perspektive wird es ermöglichen, die ausländischen Einflüsse auf das westdeutsche Modell und insbesondere die Rolle der angelsächsischen liberalen Theorien aufzuzeigen. Indem diese Analyse sich mit einem der wichtigsten Einflüsse auf die europäische Wirtschaftspolitik auseinandersetzt, versucht sie gleichzeitig, Alternativen und Misserfolge sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten zu beleuchten. Durch die Untersuchung der intellektuellen Transfers, die sich auf die Bildung von Netzwerken stützen, leistet dieses Buch einen Beitrag zur Erforschung der Europäisierung d.h. der Gründung einer »transnationalen politischen Gesellschaft«.⁴¹

Die Hauptschwierigkeit der Anwendung dieses transnationalen Ansatzes auf einen langen Zeitraum liegt in dem Ausmaß der zu analysierenden Fragen und Quellen. Das Buch wird sich daher auf bestimmte Aspekte und Wendepunkte des Integrationsprozesses nach dem Vorbild der *critical junctures*

38 Vgl. Bulmer, Simon/Dolowitz, David/Humphreys, Peter/Patgett, Stephen (Hg.): *Policy Transfer in European Union Governance. Regulating the Utilities*, London: Routledge 2007.

39 Vgl. Ban, Cornel: *Ruling Ideas. How Global Liberalism Goes Local*, Oxford: Oxford University Press 2016.

40 Vgl. Dubois, Mathieu: *Les conséquences économiques de Mai 68. Du désordre social français à l'ordre monétaire européen*, Bruxelles: Peter Lang 2018.

41 Kaiser, Wolfram/Leucht, Brigitte/Rasmussen, Morten (Hg.): *The history of the European Union: Origins of a trans- and supranational polity 1950–72*, New York/London: Routledge 2009, S. 4–5.

fokussieren.⁴² So wird es die wichtigsten Veränderungen in der europäischen Wirtschaftspolitik aufzeigen, die nach und nach zur Beseitigung von Alternativen nach dem Modell der *path dependency* führten. Besondere Aufmerksamkeit wird daher den Debatten gewidmet, die den wichtigsten Wendepunkten des wirtschaftlichen Integrationsprozesses zugrunde liegen: der Schaffung des Gemeinsamen Markts, der Einführung der Wettbewerbspolitik, der Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS), der Verwirklichung des Binnenmarkts und dem Prozess der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Aufbau und Chronologie: drei Ziele der westdeutschen Europapolitik

Die Geschichte der Europapolitik der Bundesrepublik wird hier zwischen den ersten Plänen für eine Zollunion – dem Beyen-Plan – im Jahr 1953 und der Verwirklichung des Binnenmarkts und der WWU nach dem Vertrag von Maastricht in den Jahren 1993–1998 erfasst. In diesen Zeitraum fallen die Entwicklung, die teilweise Verwirklichung und das Aufgeben einer westdeutschen Konzeption der europäischen Integration. Die Strukturierung des Buchs orientiert sich an der Entwicklung und Umsetzung dieser Konzeption in verschiedenen Phasen, die drei zentralen Zielen entsprechen.

Das erste Ziel war die Errichtung einer *Wirtschaftsgemeinschaft* zwischen 1953 und 1965. Diese Phase entsprach der Zeit der Institutionalisierung der Sozialen Marktwirtschaft, des Einflusses der ersten Ordoliberalen (Böhm, Röpke, Rüstow) und der Regierungsbeteiligung Erhards als Bundesminister und Bundeskanzler. Für das im Aufbau befindliche europäische Projekt stellte diese Periode einen entscheidenden Wendepunkt dar: Die Schaffung einer partiellen Industriegemeinschaft (EGKS) oder einer einfachen Zollunion (Beyen-Plan) wurde durch die Errichtung einer gesamten Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf der Grundlage einer gemeinsamen Ausrichtung der nationalen Wirtschaftspolitiken, wie sie in den Römischen Verträgen vorgesehen war, ersetzt.

Das zweite Ziel war die Gründung einer *Stabilitätsgemeinschaft*, die zwischen 1966 und 1979 schrittweise verwirklicht wurde. Vor dem Hintergrund

42 Vgl. Capoccia, Giovanni: »Critical Juncture«, in: Orfeo Fioretos/Tulia Falletti/Adam Sheingate (Hg.), *The Oxford Handbooks of Historical Institutionalism*, Oxford: Oxford University Press 2016, S. 89–106.

der Destabilisierung der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung akzeptierte die Bundesrepublik *peu à peu*, dass die DM der Währungsanker einer europäischen Stabilitätszone wurde, unter der Voraussetzung, dass eine grundsätzliche Konvergenz der Volkswirtschaften zur Inflationsbekämpfung erfolgte. Die westdeutsche Diplomatie definierte eine dauerhafte Position in Bezug auf die WWU, indem sie die Abfassung des Werner-Berichts stark beeinflusste, die Konturen des EWS formte und ihre Währungs- und Finanzmacht einsetzte, um Alternativen zur Stabilitätspolitik bei ihren Partnern zu bekämpfen.

Das dritte Ziel war die Verwirklichung des *Binnenmarkts*, der bereits in den ersten westdeutschen Plänen für eine Wirtschaftsgemeinschaft um die vier Freiheiten definiert worden war und der zwischen 1980 und 1993 neu belebt wurde. Die zunehmende internationale Konkurrenz begünstigte diese Neubelebung, bei der die Bundesrepublik vor und nach der Einheitlichen Europäischen Akte eine zentrale Rolle spielte. Die Aussicht auf die Verwirklichung des Binnenmarkts setzte jedoch auch den WWU-Prozess wieder in Gang. Dies geschah vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung und unter Bedingungen, die nicht den Vorstellungen entsprachen, die die Bundesrepublik zwei Jahrzehnte zuvor definiert hatte. Der Vertrag von Maastricht sollte also sowohl die Verwirklichung der westdeutschen Pläne für den Binnenmarkt als auch ihr Scheitern bei der Wirtschaftsunion bedeuten.

Diese drei Etappen werden die drei wichtigsten Erfolge der westdeutschen Europapolitik im Hinblick auf die Verteidigung und Verbreitung der Sozialen Marktwirtschaft skizzieren, aber auch nuancieren und diskutieren. Dabei werden gleichzeitig die Spaltungen und Debatten, die Brüche und Kontinuitäten in der westdeutschen diplomatischen Position erörtert sowie die Anpassungen der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt, die notwendig waren, um im Rahmen des europäischen Kompromisses fortbestehen zu können. Schließlich wird beleuchtet, wie es der westdeutschen Europapolitik durch diese drei Ziele, die den Einfluss der Sozialen Marktwirtschaft strukturierten, gelang, die Palette der Möglichkeiten des europäischen Kompromisses nach und nach einzuschränken.